Es gilt das gesprochene Wort!

**Haushaltsrede der GRÜNEN im Gemeinderat Rheinfelden am 12.12.2019**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Die Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN hat sich für die zukünftige politische Arbeit drei Aufgabenschwerpunkte gesetzt: Klimaschutz, Artenvielfalt und Jugendpolitik. Es dürfte Sie deshalb nicht verwundern, dass ich mich mit dem Klimaschutz ausführlich beschäftige. In allen drei Bereichen haben wir teils umfangreiche Antragspakete in den Gemeinderat eingebracht.

Über die Tatsache einer Klimakrise müssen wir nicht mehr diskutieren. Der Klimanotstand wurde jetzt sogar durch das Europaparlament ausgerufen. Rheinfelden muss folgen.

Dabei hat der Gemeinderat bereits über Jahre hinweg auf der Grundlage des Klimaschutzkonzeptes von 2012 erheblich in Maßnahmen gegen den Klimawandel investiert. Inzwischen steht aber fest, dass zur Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens von 2016 wesentlich umfangreichere Maßnahmen erforderlich sind.

Nachdem nun die Bundesregierung vor ein paar Wochen ein völlig mutloses und teilweise kontraproduktives Klimakonzept beschlossen hat, ist es für uns vor Ort umso wichtiger, dass wir die Dinge, die wir kommunal beeinflussen können, auch gezielt und schnell umsetzen. Dazu dient der im September von SPD und GRÜNEN gemeinsam eingebrachte Antrag „Klimanotstand in Rheinfelden“.

Wie drückte es unser Ministerpräsident Winfried Kretschmann kürzlich in seiner unvergleichlichen Art aus: „Wir haben zwei Mega-Aufgaben, nämlich uns der Erhitzung des Erdklimas durch Treibhausgase und der Abkühlung des gesellschaftlichen Klimas durch Rechtspopulisten und Rechtsradikale entgegenzustellen“.

Natürlich ist dieser gemeinsame Antrag nur ein erster Schritt. Erhebliche Investitionen werden folgen müssen, wenn die Planungen noch konkreter geworden sind.

Wichtig ist aber, dass wir in diesem Antrag die richtigen strategischen Ziele formuliert haben: Rheinfelden soll bis zum Jahre 2030 den CO2-Ausstoß halbieren (Basisjahr 1990) und bis zum Jahre 2050 klimaneutral werden. Nur durch gemeinsames und sofortiges Handeln aller Kommunen kann das Ziel des Pariser Abkommens erreicht werden, die Erderwärmung unter 2°C zu halten. Erschreckend, dass in Deutschland in diesem Jahr bereits 1,5° erreicht worden sind. Alle deutschen Kommunen zusammen würden ca. 70% der Treibhausgase vermindern können.

Eine Reihe von Einzelmaßnahmen haben wir im gemeinsamen Antrag als Prüfauftrag an die Verwaltung formuliert.

Zu diesen gehört u.a.:

* Der weitere Ausbau unseres Nahwärmenetzes durch Wärmeauskoppelung aus der Evonik. Dieses ehrgeizige Millionenprojekt ist wohl eine der zur Zeit effizientesten Klimaschutzmaßnahmen und befindet sich bereits in der Umsetzungsphase.
* Die klimaneutrale Energieversorgung von Neubauten.

Soweit die Stadt bei städtebaulichen Verträgen, Grundstückskaufverträgen und Erbbaurechtsverträgen über eine entsprechende Handhabe verfügt, wird für Neubauten eine in der Jahresbilanz klimaneutrale Energieversorgung mit möglichst hohem Anteil lokal verfügbarer regenerativer Energien als Ziel fixiert.

* Ein intelligentes Mobilitätsmanagement für die Gesamtstadt.

Hauptziel ist die Verminderung des motorisierten Individualverkehrs mit Verbrennungsmotor. Bei möglichst vielen Verkehrsteilnehmern soll ein Verständnis für Maßnahmen zur Steuerung des ruhenden und des fließenden Verkehrs gewonnen werden, um ein Umdenken bei der Wahl der Verkehrsmittel zu erreichen.

 Dies kann insbesondere durch die weitere und deutliche Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs erfolgen. Schon bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplans des Landkreises erwarten wir erste Ansätze.

Ziel muss es sein, die jährliche Zunahme an Fahrzeugen in der Stadt zu stoppen und dann mittelfristig zu senken. Bessere Zugverbindungen (Elektrifizierung der Hochrheinstrecke), integrierte Busverbindungen, der beschleunigte Ausbau des Radwegenetzes sowie ein einfacheres/günstigeres Preissystem tragen hierzu bei.

Zur Verringerung der CO2-Emissionen soll die Stadt gemeinsam mit dem Landkreis weiterhin den Einsatz alternativer Antriebe fördern, auch bei Omnibussen, und den Ausbau des E-Ladenetzes sowie das Car-Sharing.

Diese Aufzählung ist sicher nicht vollständig. Aber das Ziel, eine tatsächliche Verkehrswende zu erreichen, bei der möglichst viele Bürger mitziehen, müsste allen klar sein. Als Vision schwebt nicht nur uns GRÜNEN ein attraktives, integriertes Mobilitätssystem für die gesamte Metropolregion mit und um Basel vor, wie es vergleichbare Ballungsgebiete wie z.B. Karlsruhe, Frankfurt etc. schon lange haben, so dass das Umsteigen zwischen den einzelnen Verkehrsträgern, je nach dem Zweck der Mobilität, leichter gemacht wird. Nachhaltige Mobilität heißt eben Verbessern, Verlagern, Vermeiden, Vernetzen und sicher auch gutes Vorbild sein.

Zur Beschleunigung der Klimaschutzziele müssen wir den „Energy Award Gold“ anstreben. Unser veralteter Klimaschutzbericht von 2012 muss durch einen „Masterplan Klimaschutz“ ersetzt werden, für den zunächst 15.000 € im Haushalt bereit stehen.

SPD und GRÜNE wollen, dass Rheinfelden sich zahlreichen Städten und Kommunen in Europa anschließt, sogar ganze Länder wie Österreich und neuerdings das Europaparlament sind dabei, und den Klimanotstand ausruft. Worum geht es?

Natürlich wird der Begriff „Notstand“ mittlerweile häufig gebraucht: Da sind CDU-Bundes- oder Landesminister keine Ausnahme, wenn sie vom Pflegenotstand oder vom Waldnotstand sprechen.

Aber mit dem Begriff „Notstand“ soll doch vor allem klar und deutlich gesagt werden, dass die Klimaerhitzung eine akute Gefahr ist, die heute schon Mensch und Tier in ihrer Existenz bedroht. Und dies ist auch in unserer Kommune der Fall. Der Notstand des Waldes ist schon vor unserer Haustür angekommen. Er ist Teil des Klimanotstandes. Dem Klimaschutz ist daher die höchste Priorität in unserer weiteren Haushaltsplanung einzuräumen. Maßnahmen können nicht mehr aufgeschoben werden.

Wir verlangen deshalb, dass dieses Thema – als querschnittsorientierter Block – Teil des Prioritätenkatalogs wird, der während der kommenden Klausurtagung diskutiert und anschließend im Gemeinderat beschlossen werden soll. Selbstverständlich werden wir nicht alles finanziell schultern können und hoffen auf die versprochenen Förderprogramme durch Bund und Land.

In ähnlich ausführlicher Weise könnte ich jetzt auf unseren zweiten Schwerpunkt, das ebenso drängende Problem des Artensterbens eingehen. Aus Zeitgründen verweise ich jedoch auf unser bereits im Mai eingereichtes Antragspaket und die ausführlichen Beratungen dazu im März kommenden Jahres. Wir bedanken uns, dass zumindest ein Basisbetrag von 15.000 € für das Erstellen eines Biodiversitätschecks im Haushalt bereit stehen.

M.D.u.H.,

Rheinfelden hat das Label einer familienfreundlichen Stadt.

In unserer Stadtgesellschaft müssen alle Generationen und Schichten mitgenommen und berücksichtigt werden. Ohne Ansehen der Person.

Machen wir also unsere Hausaufgaben:

Wir wollen die beste KITA für unsere Kinder. Dazu gehört, neben sozial gestaffelten Tarifen, der Krippenausbau auf mindestens 39 % eines Jahrgangs. Gerade hier sind immer mehr beide Elternteile berufstätig. Der kontinuierliche Ausbau der Tagesbetreuungen in KITA und Schulen bedeutet nicht nur erhebliche Investitionen, sondern fordert den jährlichen städtischen Haushalt mit erheblichen Folgekosten. Aktuell sind 50.000 € für den Ausbau des ev. Pauluskindergartens eingestellt.

Die qualitativ gute KITA- und Ganztagsbetreuung an Schulen ist uns ca. 8 Mio. € wert. Die avisierten Mittel des Bundes aus dem Gute-Kita-Gesetz fließen spärlich bzw. sind noch nicht in der Fläche angekommen.

Wir setzen uns ein für Rheinfeldens Schullandschaft mit ortsnahen Grundschulen, der Gemeinschaftsschule, Realschule und dem Gymnasium als Ganztagsschulen mit einer guten und qualifizierten, altersgerechten Nachmittagsbetreuung.

Deshalb befürworten wir auch die Stelle für die „Campus-Koordination“ zur Qualifizierung der Nachmittagsbetreuung bei allen Schularten. Denn hier geht es letztlich um den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt. Im Ganztagesbereich wird von sozialpädagogischen Fachkräften elementare Bildungsarbeit geleistet. Damit diese sich auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren können, brauchen wir die Ganztagskoordination im Zusammenhang mit der Campuskonzeption.

Die kontinuierliche energetische Sanierung und Ertüchtigung der Schulgebäude und Hallen ist ein Dauerbrenner.

Und wir freuen uns, dass es inzwischen eine recht gute Versorgung mit Schulsozialarbeit gibt. Förderung mit 265.00 €.

Das Wichtigste ist für uns GRÜNE hierbei ausreichendes und qualifiziertes Personal. Ohne Beziehung und soziales Miteinander läuft es auch mit den besten und qualifiziertesten Inputs und Förderungen nicht.

Deswegen und umso mehr ist eine gute personelle Ausstattung im Sozial- und Jugendbereich in unserer Stadt erforderlich, um die vielfältigen Aufgaben zu erfüllen.

Die Demokratie zu fördern, das Miteinander in der Stadtgesellschaft und die Integration aller sozial und einvernehmlich zu gestalten, erfordert Anleitung und fachliche Begleitung.

Zur jetzt in § 41a der Gemeindeordnung festgeschriebenen Jugendbeteiligung in den Gemeinden ist es aus Sicht der GRÜNEN wichtig, dass der 8-er-Rat jährlich erfolgen muss, um aussagekräftig zu sein und über jede Generation hinweg nachhaltig zu wirken.

Daher haben wir den Antrag auf eine zusätzliche 100 %- Stelle im Jugendreferat gestellt, damit eine qualifizierte Jugendbeteiligung eine Chance bekommt, ohne dass andere wichtige Arbeit im Jugendbereich wegfällt. Wir hoffen, dass aus der jetzigen 50%-Stelle innerhalb des kommenden Jahres eine Ganztagsstelle wird.

Wir wünschen uns auf längere Zeit die Neuauflage des Jugendparlaments, um wieder eine politische Mitwirkung und Vertretung der Jugendlichen in Rheinfelden zu bekommen. Ein Antrag der GRÜNEN-Fraktion liegt hierzu vor.

Das bis zum Sommer mit bürgerschaftlicher Beteiligung erarbeitete Integrationskonzept der Stadt findet vielfache Anerkennung und kann als Vorbild für andere Gemeinden gelten.

Was unsere Stadt nicht nur in der Migrationsarbeit stark macht, ist das vielfältige bürgerschaftliche Engagement und das Engagement von Ehren- und Hauptamtlichen unter anderem im Rahmen der sozialen Projekte der Stadtentwicklung, der „Engagierten Stadt“, das Projekt, das zum 1.1.2020 in städtische Regie übernommen wird.

Bürger wollen mit- und ernst genommen werden.

Das Projekt , “Zufallsbürger“ bei wichtigen und zukunftsfähigen Entscheidungen einzubeziehen, ist auf dem Weg, sich zu einem Erfolgsmodell zu entwickeln.

Ein großes „Danke“ an alle Mitarbeiter des Amtes für Jugend, Familie und Senioren und vor allen an alle bürgerschaftlich engagierten Bürgerinnen in dieser Stadt für die viele geleistete Arbeit, um unsere Stadt zu entwickeln.

Das Familienzentrum entwickelt sich immer weiter und erfindet sich immer wieder mit jeder neuen Generation neu. Durch die Vergrößerung der Räume kann es mehr Angebote geben und es finden sich unterschiedlichste Besucher zusammen, die sich hier einbringen, mitarbeiten, engagieren und aufgehoben fühlen.

Das Bürgerheim muss auch in der Zukunft der Landesheimbauverordnung genügen und fit gemacht werden für die nächsten 50 Jahre.

Geplant sind hier Verbesserungen für einen optimalen Ablauf der Pflege sowie der Aus- und Neubau der durch die Landesheimbauverordnung geforderten Einzelzimmer für die Bewohner. Wichtig ist uns die Erhaltung der bisherigen guten Standards, die auch die Heimaufsicht immer wieder bestätigt hat.

Für die Heimbewohner wünschen wir uns einen möglichst reibungslosen Ablauf der Baumaßnahmen.

Hier werden wir ca. 12-13 Millionen in die Hand nehmen müssen. Wir hoffen, dass so die guten Standards bestehen bleiben und der hohe Wohlfühlcharakter erhalten bleibt.

Es wird weiter alle Anstrengung unternommen, einen möglichst ausgeglichenen Haushalt zu erwirtschaften und die Pflegesätze stabil zu halten.

Die Wohnbau Rheinfelden ist dabei, einen den heutigen Maßstäben entsprechenden Ersatzneubau für betreutes Wohnen zu errichten. Dies in unmittelbarer Nähe des Bürgerheims. Auch hier soll auf Energieeffizienz und klimaneutrales Bauen sowie die Einbeziehung ins Nahwärmekonzept geachtet werden.

Der Bau von bezahlbarem Wohnraum und sozialem Wohnungsbau ist aus unserer Sicht eine Pflichtaufgabe, der wir uns in der Grenz- und Zuzugsregion zur Schweiz stellen müssen. Nicht allein der demografische Faktor fordert das ein.

U.a. wird uns die Fertigstellung des Baugebietes Grendelmatt 3 sowie die Innenverdichtung im Quartier “Römerstraße“, bezahlbarer und sozialer Wohnungsbau mit Quartiersmanagement , eine qualitativ hochwertige Grünplanung mit Urban Gardening, Kindergarten, Spielplatz und Treffpunkt in den nächsten Jahren beschäftigen. Wir erhoffen uns davon eine Beruhigung auf dem Wohnungsmarkt.

Viele Millionen werden damit in unserer Stadt, in örtliche Betriebe und in heimische Wirtschaft investiert.

Eine ökologische Gestaltung des Umfeldes mit Gemeinschaftscharakter und Quartiersmanagement ist das, was moderne Wohngebiete/Quartiere bei der Planung erfordern. Nahwärmekonzept, klimaneutrales und energieeffizientes Bauen sollte selbstverständlich sein.

Die Digitalisierung ist eine uns alle herausfordernde Zukunftsaufgabe. Der erforderliche flächendeckende Ausbau der Glasfaser- bzw. Breitbandnetze fordert für die nächsten Jahre Millionenbeträge.

Das Thema Digitalisierung berührt inzwischen die meisten Aspekte unseres Lebens. Dabei ist eine der ersten Fragestellungen: „Wie können wir die Digitalisierung als Chance nutzen und ihre Risiken begrenzen?“

Um unsere Stadt für die Zukunft fit zu machen und Digitalisierung zu nutzen, wollen DIE GRÜNEN Rheinfelden in Richtung einer Smart City entwickeln.

Stichpunkte sind u.a. „Verwaltung 4.0“; Vernetzung, Steuerung und Optimierung der Verkehrsabläufe sowie die Steuerung und Optimierung der Netze für Gas und Strom mit dem Ziel der CO2-Minderung.

Wir GRÜNE wollen eine klimaneutrale Stadt, eine soziale und engagierte Stadtgesellschaft in Rheinfelden, die auch für unsere nachfolgenden Generationen lebenswert ist. So wünschen wir uns unsere Stadt und so möchten wir zusammenleben.

Hier werden wir seit „Friday for Future“ von unseren Kindern und Jugendlichen in die Pflicht genommen. Hinausschieben gilt nicht. Wir haben keine 2. Welt in der Hinterhand und die Erde von unseren Kindern nur geborgt.

Das kulturelle Leben ist zentraler Ausdruck des Selbstverständnisses unserer Stadt. Vereine, Glaubensgemeinschaften, Kulturinitiativen und Einzelpersonen tragen zum kulturellen Leben maßgeblich bei. Weil kulturelle Attraktivität einen bedeutsamen Standortfaktor darstellt, unterhält die Stadt Rheinfelden eine ausgezeichnete Bibliothek, die gerade ihr 10-jähriges Jubiläum gefeiert hat. Wir fördern und unterstützen mit erheblichen Beiträgen die Musikschule und die Volkshochschule - um nur die größten Posten zu nennen.

Wir GRÜNE sind davon überzeugt, dass sich diese kulturelle Vielfalt noch breiter abbilden könnte. Weitere kulturelle Initiativen sollten in die Kulturförderung unserer Stadt eingebunden werden. Gerade im Hinblick auf das große Jubiläum unserer Stadt in zwei Jahren gilt es, der Phantasie, Kreativität und Lebensfreude der Bürgerinnen und Bürger zum Ausdruck zu verhelfen. Wir wollen dafür ausreichend Geld in die Hand nehmen und nicht auf Sparvarianten zurückgreifen. Das sollte sich für eine Stadt wie Rheinfelden von selbst verstehen.

Unsere Städtepartnerschaften sind seit über 50 Jahren erfolgreich und tragen zum innereuropäischen Verständnis und zur Freundschaft zwischen den unterschiedlichen Nationen bei, was heute wichtiger denn je ist. Hier ist kulturelle Vielfalt direkt erlebbar.

Wir stimmen dem Haushaltsplan und der Haushaltssatzung für das Jahr 2019 zu.

Ich möchte es zum Abschluss nicht versäumen, mich im Namen meiner Fraktion den herzlichen Dankesworten für die geleistete Arbeit an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung anzuschließen.

Mein Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für die konstruktive Zusammenarbeit im (fast) vergangenen Jahr.

Heiner Lohmann

Fraktionsvorsitzender